

Dialog

GEW

I/2004



Jung und Alt

**Miteinander leben –
Miteinander reden**

Inhalt

Titel

Miteinander leben –
Miteinander reden
• **Gemeinsam**
nach Lösungen suchen
Seite 3 bis 5

Forum Bildung
Gesamtschulen
vor 30 Jahren
Seite 6

Gesellschaftspolitik
Europäische
Aktionstage
Seite 7

Leserforum
• Kontakte u. Tradition
• Belanglos
• Widerspruch gegen
Kürzungen
Seite 8

Gesundheit und Soziales
Pakt gegen Patienten
Seite 9 bis 11

Kultur und Reisen
Seniorenreisen
Seite 12 und 13

Info und Tipps
• Barrierefreies Internet
• Link-Liste Ernährung
• Denkmal für E. Kogon
• Ruhrfestspiele
Seite 14 und 15

Literatur
• Reisen bildet
• Heilsames Malen
• Generationen-
gerechtigkeit
• Jugendliteratur
Seite 16

Editorial



Eva-Maria Stange,
Vorsitzende
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wer in Wohlstand lebt, kann sich nicht vorstellen, dass es Menschen auf unserer Welt, auch in unserem reichen Land gibt, die nicht lesen und schreiben können. Das Menschenrecht auf Bildung ist auch im 21. Jahrhundert für 862 Millionen Menschen weltweit nicht umgesetzt. Während wir über die zu geringe Ausstattung mit Computern und Internetanschlüssen lamentieren, können viele Kinder sich nicht einmal einen Bleistift oder Schuhe für die Schule leisten. Armut ist eine der häufigsten Ursachen für fehlende Bildung, aber letztlich ist fehlende Bildung auch Ursache für Armut, Krankheiten und Kriege. Deshalb haben sich internationale Organisationen wie die UNESCO, OXFAM und die Bildungsinternationale¹⁾ entschlossen, einmal in jedem Jahr Druck zu machen und eine ganze Woche im April – in diesem Jahr vom 19. bis 25. April – Menschen und Politikern die Augen zu öffnen (mehr Infor-

mationen erhalten Sie auf der GEW-Webseite: www.gew.de).

Es reicht nicht aus, wenn im Jahr 2000 in Dakar auf dem Weltbildungsforum die Staats- und Regierungschefs versprochen haben, dass bis zum Jahr 2015 alle Kinder eine Grundbildung erhalten sollen. Was solche Versprechen Wert sind, können wir tagtäglich erleben. Deutschland muss seine Verpflichtungen in der Entwicklungshilfe verstärken, damit Länder wie Nicaragua, Südafrika oder Indien in die Lage versetzt werden, qualitativ gute und kostenfreie Bildung für jedes Kind anzubieten. Wer, wenn nicht Kinder selbst, kann dafür Lobby gegenüber der Politik machen? Deshalb werden sie sich in diesem Jahr auch an deutsche Abgeordnete wenden und sie an ihre Pflicht zur Umsetzung des Rechts auf Bildung erinnern.

1) Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften mit weltweit mehr als 123 Million Mitgliedern. Die GEW ist Mitglied der BI.



Jung und Alt

Miteinander leben – Miteinander reden

Generationengerechtigkeit ist das Thema, das die Gazetten und Gemüter bewegt. Zunächst zeigen wir auf, dass das Engagement der Älteren von Medien und Gesellschaft kaum honoriert wird. Im Gegenteil: Seniorinnen und Senioren gelten häufig als Ursache für die Misere unseres Sozialsystems. Sie sollen als „Sündenböcke der Nation“ von den Versäumnissen der Politik ablenken.

Mit mehr gegenseitigem Verständnis und Respekt könnten solche Vorurteile beseitigt werden. Wie? Die Projekte von „workshop zukunft“ und der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ bringen Jung und Alt zusammen: Gemeinsam nach Lösungen suchen (siehe Seite 5).

In unserer Gesellschaft zeichnet sich seit einiger Zeit eine Politisierung der Altersfeindlichkeit ab. Die Jungen fürchten um ihre Versorgung im Alter. Die Alten sehen sich um erworbene Rechte betrogen. Was waren das für zivile Zeiten, als noch vom „Demografischen Faktor“ geredet wurde, der den Rentenanstieg dämpfen sollte. Daraus wurde die „Alterslast“, die wir, die Senioren, den Jungen aufbürden. Und schließlich wurde die Diskussion um die Renten- und die Gesundheitskosten zum „Generationenkonflikt“ oder gar zum „Krieg der Generationen“.

Senioren – Sündenböcke der Nation

Alle fühlen sich berufen, ihre Meinung hinaus zu posaunen: junge Jungpolitiker und alte Altpolitiker, Professoren aller Couleure und

Heerscharen von selbsternannten Experten. Die Medien zitieren alles und jeden und heizen damit die Diskussion um Renten und soziale Leistungen an. Kaum einer scheint an einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Fakten interessiert. Mit knalligen Titeln „Wie die Alten die Jungen schröpfen“ lassen sich Auflage oder Quote steigern, glauben offensichtlich diese „Medienexperten“.

Was das Gerede anrichtet

So hat auch offensichtlich noch keiner der „Lautsprecher“ etwas davon gehört, dass in Deutschland jährlich etwa 150 Milliarden Euro an die nächsten Generationen weitergegeben werden. Das wird sich im kommenden Jahrzehnt noch steigern. In dieser Zeit werden zwei Billionen, also zweitausend Milliarden Euro vererbt.

Bereits zu Lebzeiten fließen nicht unerhebliche Geldströme an Kinder und Enkelkinder. Im Bericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ (2002) wird festgestellt, dass von den 70- bis 85-Jährigen jeder vierte materiellen Transfer leistet, während nur drei Prozent materiellen Transfer durch ihre Kinder erhalten.

Was das Gerede über die „teuren Alten“ alles anrichtet, machte ein Pastor in seiner Morgenandacht deutlich. Er zitierte ein Kind mit dem Satz: „Oma, ich bekomme später einmal keine Rente, weil du so lange lebst“.

Platz für die Jüngeren

Das „Rentenloch“ entsteht nicht nur durch die höhere Lebenserwartung der Älteren, sondern ebenso durch fehlende Beitragszahler. Warum sie fehlen? Früher

In Deutschland werden jährlich etwa 150 Milliarden Euro an die nächsten Generationen weitergegeben.

Rentner trifft es dreifach

Viele der 19 Millionen Rentner werden, über die erhöhten Zuzahlungen hinaus (s. S. 9–11), im April gleich dreimal zur Kasse gebeten:

- Zur Pflegeversicherung ist der doppelte Beitrag zu zahlen.
- Der Anstieg beim Krankenkassenbeitrag 2003 wird nachgezogen.
- Auf Betriebsrenten und anderen Versorgungsbezügen muss in Zukunft der volle (bisher der halbe) Beitrag gezahlt werden.

trat ein Großteil der Menschen mit 15 Jahren in das Berufsleben ein. Heute sind die Berufsanfänger vielfach 18 bis 20 Jahre. Absolvieren sie ein Hochschulstudium, steigert sich das Alter, ab dem voll in die Rentenkassen eingezahlt wird, auf 25 bis 28 Jahre oder noch darüber. Blieben 1950 nur elf Prozent der Frauen kinderlos, waren es 1965 bereits 35 Prozent.

Natürlich fehlen auch die Beiträge vieler älterer Erwerbsfähiger. Suchten die Betriebe zunächst nach „olympiareifen Mannschaften“, wurden die älteren Beschäftigten später mit dem Argu-

ment „Platz für die Jüngeren“ zu machen, in den Vorruhestand gedrängt. Waren bei uns im Jahr 2001 nur 36,8 Prozent aller 55- bis 64-Jährigen berufstätig, sind es beispielsweise in Norwegen, in der Schweiz und in Schweden mehr als zwei Drittel. In Deutschland sind über elf Prozent der über 55-Jährigen erwerbslos. Sie würden gerne in die Rentenkasse einzahlen, wenn sie nur Arbeit hätten.

Ein gesellschaftliches Problem

„Die Rentenlast ist nicht primär ein demografisches Problem, sondern ein wirtschaftliches – und ein gesellschaftliches Problem“, stellt die Altersforscherin und ehemalige Bundesministerin, Ursula Lehr,

fest. „Wir ordnen den Menschen bis 35 den Jugendgruppen zu, zählen ihn ab 45 zu den ‚älteren Arbeitnehmern‘, geben ihm ab 50 keine Berufschancen mehr und schieben ihn ab ‚55plus‘ zu den Senioren. Wir beschneiden das eigentliche, mittlere Erwachsenenalter von beiden Seiten und lassen es auf 10 bis 15 Jahre zusammenschrumpfen“:

Obwohl so viel von der Änderung der Arbeitswelt und von freiwilligem Engagement gesprochen wird, spielt das Engagement der heutigen Seniorengeneration kaum eine Rolle. Sie kümmert sich um ihre hochaltrigen Eltern, sie unterstützt Nachbarn und ehemalige Berufskollegen, sie setzt sich in Kirche und Gemeinde für andere ein und realisiert interessenpolitische Vertretung. In den 77 Verbänden, die sich zur *Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)* zusammengeschlossen haben, ließen sich dafür massenhaft Beispiele finden.

Wer möchte tauschen?

Viele der heutigen Rentner waren 45 Jahre berufstätig. Sie kannten die 48-Stunden-Woche, den Samstag als Arbeitstag und hatten einen Jahresurlaub von zwölf Tagen (Samstage mit einberechnet). Wer von denen, die sich so lautstark zu Wort melden, möchte damit tauschen?

Der Soziologe *Friedrich Weltz* hat sicher Recht, wenn er meint: „Es mag ja sein, dass ein Beitrag der Rentner zur Bewältigung der gegenwärtigen Krisensituation notwendig ist. Aber bitte nicht im Namen der ‚Gerechtigkeit‘, sondern als ein Opfer der älteren Generation, als ein Solidarbeitrag an die jüngeren Generationen.“



„Mit unserem Internet-Projekt wollten wir zeigen, dass keine Generation für sich alleine glücklich werden kann, sondern alle miteinander verbunden sind durch ein unsichtbares Band von Ansprüchen und Verpflichtungen.“

Gemeinsam nach Lösungen suchen

Die Konfrontation Jung gegen Alt bringt keine Lösung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat jetzt einen anderen Weg beschritten.

Vier Monate lang haben mehr als dreißig Schulklassen aus Thüringen und Nordrhein-Westfalen mit Seniorinnen und Senioren in einem virtuellen Klassenzimmer der DGB-Lernplattform „workshop zukunft“ Thesen für einen gemeinsamen Generationenvertrag formuliert. Ende Januar stellte DGB-Vorstandsmitglied *Ingrid Sehrbrock* zusammen mit den beteiligten Schülerinnen und Schülern die Projektergebnisse vor. „Mit unserem Internet-Projekt wollten wir zeigen, dass keine Generation für sich alleine glücklich werden kann, sondern alle miteinander verbunden sind durch ein unsichtbares Band von Ansprüchen und Verpflichtungen“, betonte sie.

„Gehen Sie den Rufen nach einem anderen Rentensystem nicht auf den Leim. Ich kenne kein besseres“, verteidigte der ehemalige Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm* bei der Vorstellung den bestehenden Generationenvertrag. Er warnte vor einem Systemwechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung und wies Forderungen nach einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit zurück. Zunächst müssten die Unternehmen sicherstellen, dass auch

Menschen jenseits des 50. Lebensjahres noch einen Arbeitsplatz hätten. Die Schülerinnen und Schüler zogen eine kritische Bilanz: Es könne eigentlich keiner erwarten, dass Jugendliche, von denen viele keine Ausbildungsplätze finden und wenig Hoffnung auf einen Arbeitsplatz haben, die Schulden der Vergangenheit tilgen werden.

Jung-Alt-Diskussion

Mit einem mehr wissenschaftlichen Ansatz widmet sich die vor sieben Jahren gegründete „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ (SRzG) dem Thema Generationengerechtigkeit. In dreizehn Arbeitskreisen diskutieren die Mitglieder via Internet Themen von Arbeitsgesellschaft bis Zukunftsforschung. Im vergangenen Jahr hat die Stiftung das „Handbuch Generationengerechtigkeit“ vorgelegt (siehe

Seite 16). Der SRzG wurde im Jahr 2000 die Theodor-Heuss-Medaille verliehen, weil sie mit ihren Initiativen zeige, dass junge Menschen „die Erneuerung und lebendige Gestaltung der Demokratie zu ihrer Sache machen“.

Mit einer breit angelegten Kampagne versucht die SRzG, die Generationengerechtigkeit institutionell im Grundgesetz und darüber hinaus in den Rechtsordnungen der EU-Staaten zu verankern. Dazu hat sie detaillierte Vorschläge unterbreitet.

Ansätze zur Versachlichung der Jung-Alt-Diskussion gibt es also. Es bleibt zu hoffen, dass die politisch Verantwortlichen dem Denken in Wahlperioden abschwören und statt Schlagzeilen zu produzieren, sich dem Thema sachlich und umfassend nähern, damit Lösungen für die kommenden Jahrzehnte gefunden werden.

Im Internet:
 • www.workshop-zukunft.de
 • www.srzg.de

Anzeige



Für die Generation von Ende 40 bis 70

35 Regionalgruppen in Deutschland von Kiel bis München und Aachen bis Dresden. Auch in Ihrer Nähe!

Programm: 1x monatlich am Wochenende Wandern, Radfahren, Kulturelles, Reisen, Informationen z. B. „Gemeinsames Wohnen im Alter“ und Vieles mehr.

Gute Kommunikation in überschaubaren Gruppen!
 Keine Vereinsmitgliedschaft und keine Satzung - Service-Karte genügt!
 Fordern Sie unser kostenloses Info-Paket mit einem Gutschein an oder besuchen Sie uns im Internet unter www.49ontop.de.

49 on top, Bundesorganisation, Abt. 1.
 Kölner Str. 20, 58135 Hagen, Tel. 0 23 31/904-719, Fax 0 23 31/904-795

Blick zurück ohne Zorn



Lehrerin, Leiterin einer Gesamtschule, Dezernentin in der Schulaufsicht, Personalrätin. Anne Ratzki blickt zurück auf 30 Jahre Kampf für gemeinsame Erziehung und Bildung, ohne Zorn.

„Die Skandinavier machen uns vor, mehr auf die Stärken der Kinder zu sehen anstatt immer nur bei den Defiziten anzusetzen.“

Ein geheimes Zeichen an der Wand signalisierte, dass wieder einmal ein Schulrat unangemeldet im Haus war. Dann wussten alle: Die Grundkurs- und E-Kurs-Kinder müssen heute getrennt unterrichtet werden. Der Schulrat kam nämlich in die Gesamtschule nach Köln-Holweide um nachzuzählen, ob nicht etwa Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Niveaugruppen gemeinsam unterrichtet werden. Mit solchen Tricks unterließ man in den siebziger und achtziger Jahren die Schulaufsicht. Dabei versuchte man schon damals, was heute von allen gefordert wird: differenziert, individualisiert und zugleich gemeinsam zu unterrichten.

Anne Ratzki war damals Leiterin der Gesamtschule Holweide. Sie lebte im ständigen Clinch mit der Schulaufsicht. Leise und freundlich lächelnd kann sie diese groteske Geschichte erzählen. In den 30 Jahren Kampf für gemeinsame Erziehung und Bildung wurde sie zäh, aber offensichtlich nicht verbissen.

In Holweide gab es eine Schulleitung im Team – auch das war ein Verstoß gegen die Erlasslage und folglich ein ständiges Ärgernis für die Schulbehörde. Anne Ratzki

verwies auf den Erfolg ihrer Schule, abzulesen an den vielen Anmeldungen. Der Schulrat: „Das interessiert uns nicht. Uns interessiert nur, ob Sie die Erlasse befolgen.“

1995, nach mehr als zwei Jahrzehnten Kampfes gegen den Ungeist der Schulbürokratie wechselte sie die Seiten. Die Vorkämpferin für das Team-Kleingruppenmodell, für Kooperation im Kollegium und kooperatives Lernen in der Klasse wurde Dezernentin in der Schulaufsicht, in einer Behörde, die sie eigentlich abschaffen wollte. An ihre Stelle sollte ein System von Inspektion und Beratung treten.

Arbeitsplatz gewechselt

Ein halbes Jahr, nachdem Anne Ratzki den Arbeitsplatz gewechselt hatte, wurde die vorgesehene Reform schon wieder abgeblasen. Mit dramatischen Folgen. Als Schulleiterin und Personalrätin wusste sie, wie absurd und kontraproduktiv Zwangsversetzungen sind. Als durch Stellenkürzungen auf dem Papier Lehrerüberhänge entstanden, hat sie mit „ihren“ Schulen Leiharbeitsmodelle ausgetüftelt, um die Zwangsversetzungen zu vermeiden. Als sie aus dem Urlaub zurückkam, hatte man hinter ihrem Rücken die Zwangsversetzungen angeordnet.

Erfahrungen aus vielen Ländern

1999 ging sie in den Ruhestand. Frustriert? Nicht nur. Als erste Gleichstellungsbeauftragte habe sie ein funktionierendes System

von Ansprechpartnerinnen aufbauen können. Mit Kollegen gründete sie das „Institut für Teamarbeit“ und macht dort Fortbildungen, Beratung und Coaching.

Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die internationale Schulentwicklung. In Australien und den USA hat sie das Team-Kleingruppenmodell verbreitet, umgekehrt bringt sie die Erfahrungen aus vielen Ländern nach Deutschland. Sie freut sich, wenn Lehrer und Eltern erstaunt feststellen, dass hohe Leistungen und gemeinsamer Unterricht für alle anderswo selbstverständlich zusammen gehören. „Die Skandinavier machen uns vor, mehr auf die Stärken der Kinder zu sehen anstatt immer nur bei den Defiziten anzusetzen.“

Eine neue Chance

Jetzt tut sich auch bei uns so manches, meint sie. Wenn nun Standards eingeführt werden, besteht doch die Chance, dass Schulen und die Schulaufsicht verantwortlich gemacht werden dafür, dass die Standards auch von den meisten Kindern erreicht werden, hofft sie. Von den Kindern im Kölner Migrantenviertel Chorweiler genauso wie im bürgerlichen Lindenthal. „Das war ein Denkfehler von uns, dass wir meinten, wir müssten die Kinder aus sozial schwachen Familien einfach besser benoten. Nein, wir müssen sehen, dass das Bildungsniveau gerade dieser Kinder angehoben wird. Diese Schulen brauchen alle Unterstützung, damit ihre Kinder das Gleiche erreichen wie die Kinder aus Lindenthal. Als erstes muss man verbieten, dass Kinder sitzen gelassen werden und von einer Schulform in die nächste abgeschoben werden.“

K. H. Heinemann

AUFSTEHN DAMIT ES ENDLICH BESSER WIRD!

Bildung für alle in einem sozialen Europa!

Das Recht auf „Bildung für alle“ muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden! Bildung ist keine Ware, die vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig gemacht werden kann. Bildung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir fordern mehr Investitionen in die Zukunft – mehr Geld für Bildung!

Demonstrieren Sie mit Ihren Familien und Freunden für ein Europa, in dem alle Menschen die Chance auf ein sozial gerechteres, öffentliches Bildungssystem haben! Siehe auch E&W 03/2004

Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft



Anzeige

Chance für einen Neuanfang

Bei uns finden Sie Hilfe z.B. bei Rückenschmerzen, Migräne, chronischen Schmerzen, Erschöpfungszuständen, Ängsten, Schlafstörungen, Fibromyalgien (Weichteilrheuma), Depressionen, chron. entzündlichen Magen- und Darmerkrankungen, Nervenzitündungen, Hauterkrankungen wie Neurodermitis, Stoffwechselerörungen und Asthma.



- Chinesische Diagnose
- Chln. Arzneitherapie
- Akupunktur
- QiGong
- Moxibustion (Wärmebehandlung)
- Biologische Heilverfahren
- Shiatsu (jap. Massage)
- Atemtherapie
- Schulmedizinisches Basisprogramm

Für Krisen und Chancen benutzen die Chinesen verwandte Schriftzeichen. Ihre Krise als Chance für einen Neuanfang - dieser Gedanke ist Grundlage unserer therapeutischen Arbeit.



Unser Team westlich und chinesisch ausgebildeter Ärzte und Therapeuten bietet Ihnen eine intensive und individuelle Behandlung und Begleitung (6 Ärzte, 6 Körpertherapeuten und 12 Pflegekräfte für 30 Patienten). Dabei kombinieren wir das über 3000 Jahre alte chinesische Heilwissen mit westlichen Naturheilverfahren.



Klinik
am Steigerwald

Chinesische Medizin und
biologische Heilverfahren



- **Behilffähigkeit**
 - **Kostenübernahme durch Privatversicherungen**
 - **Akutaufnahme ist möglich**
- Bitte sprechen Sie uns auf Ihr individuelles Krankheitsbild an. Wir beraten Sie gern.

Informationen unter
Klinik am Steigerwald
57447 Gerolzshofen
Tel 0 93 82 / 949 - 0
info@cmklinik.de
www.cmklinik.de

Widerspruch einlegen

Das „Versorgungsänderungsgesetz“ sieht in acht Schritten die Kürzung der Versorgungsbezüge von 75 auf 71,75 Prozent vor. Die nächsten Kürzungsschritte sind am 1. April und am 1. August 2004. In den meisten Ländern ist es inzwischen nicht mehr notwendig, gegen diese Kürzungen erneut Widerspruch einzulegen. Die Länder lassen die Verfahren ruhen, bis das Beschwerdeverfahren beim Bundesverfassungsgericht entschieden ist. Wichtig ist jedoch, dass gegen die erste Kürzung am 1.8.2003 Widerspruch eingelegt wird. Die Frist dafür beträgt ein Jahr. Auskünfte über das Widerspruchsverfahren erhält man bei den GEW-Rechtschutzstellen.

hc

Kontakte haben schon Tradition



Begegnungen zwischen Lehrkräften aus den beiden so gegensätzlichen Bildungssystemen

Als die Mauer fiel und als sich Menschen aus Ost und West gegenseitig in die Arme fielen, da gab es auch Begegnungen zwischen Lehrkräften aus den beiden so gegensätzlichen Bildungssystemen.

Auch Vertreter unserer Gewerkschaften standen sich mit großen Erwartungen gegenüber. Die zahlreichen Kontakte, die sich zwischen GEW-Gruppen über die ehemalige Grenze hinweg anbahnten, hatten aus unterschiedlichen Gründen selten einen längeren Bestand. In der Grenzregion von Holstein und Mecklenburg allerdings haben es die Kreisverbände von Stormarn und Nordwestmecklenburg inzwischen zur Tradition werden lassen, sich mindestens einmal im Jahr zu treffen. Seit nunmehr drei Jahren kommen die Senioren zu gemeinsamen Ausflugsfahrten zusam-

men, die abwechselnd in Mecklenburg oder Schleswig-Holstein stattfinden. Im Frühjahr 2000 starteten wir mit einer gemeinsamen Bootsfahrt auf der Wakenitz. Das ist der Grenzfluss bei Lübeck, der über 40 Jahre lang Mecklenburg von Schleswig-Holstein unüberrückbar trennte. Die nächste Begegnung wurde 2001 in Ratzeburg mit dem Besuch des Barlachmuseums durchgeführt. Eine Schiffsfahrt auf dem Ratzeburger See gab ausreichend Gelegenheit für einen intensiven Ge-

dankenaustausch. Ein Jahr später luden die Mecklenburger nach Bad Kleinen ein. Dort hatte der Kollege *Burkhard Stibbe* seine Scheune, die inzwischen zur Kulturscheune avanciert ist, liebevoll zum Empfang für rund 40 Gäste hergerichtet. Diesmal waren auch Kollegen aus den Lübecker und Lauenburger Kreisverbänden dabei.

Pädagogischer Bezug

Die Stormarner wählten 2003 Mölln als Treffpunkt. Die Eulenspiegelstadt hat nicht nur Amüsantes über den Volksnarren zu bieten, sondern auch die Reize ihrer mittelalterlich geprägten Bauten.

Einen pädagogischen Bezug gab es wieder bei der abschließenden Schiffsfahrt auf dem Elbe-Lübeck-Kanal. Das Flussschiff war als schwimmendes Klassenzimmer hergerichtet und dient in der Regel Berufsschülern zu Klassenfahrten auf norddeutschen Binnengewässern.

In diesem Jahr werden die Begegnungen an der mecklenburgischen Ostseeküste fortgesetzt.

Jürgen Eblers

Leser schreiben: Belanglos (Dialog 3/2003)

Einem GEW-Organ hätte es doch selbstverständlich angestanden, den von uns gefällig ausgestatteten Stand (beim 7. Deutschen Seniorentag – Die Red.) optisch im „Dialog“ zu präsentieren, zumal auf GEW-Kosten vom Bundesseniorenausschuss eigens ein Berufsfotograf tätig war. Wenn die GEW einer breiten Öffentlichkeit sich überregional erfolgreich vorzeigt, wie hier geschehen, dann sollte sie das der eigenen Mitglieder-Klientel gegenüber nicht als Belanglos-Info auf der vorletzten Seite von „Dialog“ abtun.

Matthias Stenzel, Hannover

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Wir können sie nicht in voller Länge abdrucken. Die Redaktion behält sich daher das Recht zu kürzen vor.

Gesundheitsmodernisierungsgesetz

Pakt gegen die Patienten

Das „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ von Regierung und Opposition ausgetüfelt, ist seit dem Jahreswechsel in Kraft. Modern ist das Gesetz nicht, es ist ein Kostenverschiebungsgesetz zu Lasten der Versicherten. Der „Spiegel“ nannte es einen Pakt gegen die Patienten.

Kamen wir vom Ende der 80er-Jahre bis 1997 noch alle vier Jahre mit einer Reform hin, wird seitdem im Zwei-Jahres-Rhythmus reformiert. Einfallsreich waren dabei zumeist nur die Wortschöpfun-

gen. Da wurde die Gesundheit reformiert und strukturiert, der Beitrag entlastet, die Solidarität gestärkt oder das Krankenkassenwahlrecht neu geregelt. Die Malaise unseres Gesundheitswesens haben alle diese Reformen nicht

beseitigen können. Und dass sie mit der jetzigen „Modernisierung“ beseitigt werden könnte, glaubt nicht einmal die Bundesgesundheitsministerin. *Ulla Schmidt* gestand Anfang Dezember: „Ich kenne keinen, der von unserer Gesundheitsreform begeistert ist.“

Auch von den von ihr in Aussicht gestellten Beitragssenkungen hat sie sich rasch wieder verabschiedet, nachdem die Krankenkassen ihr signalisiert hatten, dies gehe zu Beginn des Jahres nicht. Die kommen „möglicherweise etwas später“, verkündete sie daraufhin. Die Aussage über die Beitragssenkungen galt allenfalls für den Arbeitgeberanteil an den Krankenversicherungsbeiträgen. Mit jedem Arztbesuch, mit jedem Medikament, oder was auch immer ein Patient zur Erhaltung oder Wiedererlangung seiner Gesundheit unternimmt, für ihn steigen die Kosten. Schließlich ist es für einen Versicherten egal, ob er den Beitrag direkt an seine Krankenkasse oder über den Umweg über den Arzt oder Apotheker leisten muss.

„Die Gesundheit wurde reformiert und strukturiert, der Beitrag entlastet, die Solidarität gestärkt oder das Krankenkassenwahlrecht neu geregelt. Die Malaise unseres Gesundheitswesens haben alle diese Reformen nicht beseitigen können.“

Schließlich ist es für einen Versicherten egal, ob er den Beitrag direkt an seine Krankenkasse oder über den Umweg über den Arzt oder Apotheker leisten muss.

Eine gewaltige Kostenverschiebung

Was mit dem „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ eingeleitet wurde, ist eine gewaltige Kostenverschiebung. In den Jahren 2004 bis 2007 sollen fast 50 Milliarden Euro umfinanziert werden (siehe Tabellen), wie es *Ulla Schmidt* und der CSU-Sozialpolitiker *Horst Seehofer* in ihrem Eckpunkte-Papier nannten. Das heißt im Klartext: Versicherten,



Änderungen in der Beihilfe
 Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz bringt auch Änderungen für Beamtinnen und Beamte. Die Neuerungen für gesetzlich Krankenversicherte werden auf die Beihilfe übertragen. Wichtige Regelungen wurden in der Beihilfeverordnung des Bundes zum 1. Januar 2004 bereits geändert. In Zukunft wird für den Besuch eines Arztes oder Zahnarztes die Beihilfe pro Quartal um je zehn Euro gekürzt. Auch der bisher von Zuzahlungen befreite Personenkreis (Mindestversorgung) wird in diese Regelung einbezogen. Die Bundesländer überarbeiten derzeit ihre Beihilfeverordnungen. Einige Länder wollen die Beihilfe noch stärker kürzen als es der Bund vorgegeben hat.

H. C.

Patienten und Rentnern wird dieser Batzen durch zusätzliche „Selbstbeteiligungen“ aufgeladen. Danach werden sie ärmer, aber ob sie auch gesünder sein werden, daran ist zu zweifeln. Im „Musterland“ Schweiz haben die dort geltenden hohen Eigenbeteiligungen jeden 40. Haushalt verarmen lassen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat in ihrem Jahresbericht 2003 die Eidgenossen wegen der ruinösen Krankheitsfolgen auf den vorletzten Platz in Westeuropa gesetzt.

Nutzergebühren sind ungerecht

Gerade Arme und Kranke verzichten bei hohen Eigenbeteiligungen auf den rechtzeitigen Arztbesuch, was im Nachhinein zu hohen Therapiekosten führt. Die britische Gesundheitsökonomin Whitehead kommt daher zu dem Schluss: „Zuzahlungen führen zu schlechterer Gesundheit und zunehmenden Gesundheitsausgaben.“ Und ihr Kollege Creese pflichtet ihr bei: „Nutzergebühren verringern nicht die Kosten, sie erhöhen die Ungerechtigkeit“.

Die jetzt von der „großen Koalition“ verordnete Therapie könnte

Über 45 Milliarden zusätzliche „Selbstbeteiligungen“

Einseitige Belastung: Was Bürger und Pharmaindustrie in Zukunft aufbringen

	2004	2005	2006	2007	2004-2007
Bürger	- Milliarden Euro -				
→ durch Streichen / Einschränken von Erstattung von Arznei-/Brillenkosten, Sterbegeld, künstliche Befruchtung	2,5	2,5	2,5	2,5	10,0
→ Zuzahlung bei Arztbesuch, Krankenhaus	3,3	3,3	3,3	3,3	13,2
→ Ausgliederung Zahnersatz ab 2005	-	3,5	3,5	3,5	10,5
→ Krankengeld ab 2007 nur durch Arbeitnehmer finanziert	-	-	-	5,0	5,0
→ höhere Beiträge von Rentnern	1,6	1,6	1,6	1,6	6,4
Summe	7,4	10,9	10,9	15,9	45,1
Pharma-Industrie					
→ mehr Festbeträge, Rabatte, Bewertung des Nutzens von Arzneien	1,0	1,5	1,5	1,5	5,5

sich möglicherweise nicht als Kosten senkend, sondern letztendlich als Kosten treibend erweisen. Ob das Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung so beseitigt werden kann, steht in den Sternen.

Kein großer Wurf

Die Verunsicherung aller von der Reform Betroffenen war zum Jahresbeginn riesengroß. Die Ärzte wehrten sich, Geldeintreiber der Krankenkassen zu sein: „Der ungeheure Aufwand in den Praxen,

die Konflikte mit Patienten in Praxen und Notdiensten – das scheint mir alles wenig durchdacht“, so Michael Hentschel, Internist und Vorsitzender des Praxis-Netzes Hochtaunus.

Die Zahnärzte wollten zwei statt einer kostenlosen Vorsorgeuntersuchung. Da Brillen von den Kassen nicht mehr bezuschusst werden, folgerten die Augenärzte, die Feststellung der Sehkraft müsste jetzt privat bezahlt werden.

Die Apotheker befürchteten wegen der höheren Zuzahlungen den Ärger der Kunden abzu-

bekommen auch, weil sich die Pharmaindustrie als cleverer erwies als der Gesetzgeber. Der hatte rezeptfreie Medikamente aus dem Leistungskatalog der Kassen gestrichen. Die Pflanzhersteller veränderten die Rezepturen und machten sie dadurch wieder verschreibungspflichtig – zu kräftig gestiegenen Preisen. Für jedes Medikament bekommt der Apotheker jetzt eine Art Honorar

Die neuen Zuzahlungen

- 1. Heilmittel und häusliche Krankenpflege:** 10% der Kosten je Mittel bzw. Anwendung – plus 10 Euro je Verordnung – max. 28 Tage p.a. bei häuslicher Krankenpflege
- 2. Arztbesuch:** 10 Euro „Praxisgebühr“ pro Quartal
- 3. Im Krankenhaus:** 10 Euro pro Tag, maximal 28 Tage p.a.
- 4. Hilfsmittel:** 10% je Mittel – mindestens 5 Euro und maximal 15 Euro – nie mehr als den tatsächlichen Preis
- 5. Soziotherapie u. Haushaltshilfe:** 10% der täglichen Kosten, mindestens 5 Euro und maximal 10 Euro
- 6. Stationäre Vorsorge und Reha:** 10 Euro pro Tag, bei Anschlussreha maximal 28 Tage
- 7. Medizinische Reha für Mütter und Väter:** 10 Euro pro Tag
- 8. Arznei- und Verbandmittel:** 10% des Preises, mindestens 5 Euro und maximal 10 Euro je Mittel, nie mehr als die tatsächlichen Kosten

Gestrichen

- **Der Zuschuss für Brillen**
Die Kassen zahlen nur noch bei schwer Sehbehinderten und therapeutischen Sehhilfen.
 - **Fahrtkosten bei ambulanten Behandlungen***
 - **Die Härtefallregelung***
 - **Entbindungs- und Sterbegeld**
 - **Zuschüsse für Zahnersatz**
Ab 2005 entfallen die Zuschüsse. Die Versicherten müssen sich selbst versichern.
 - **Krankengeld**
Ab 2006 müssen die Versicherten den Beitrag dafür alleine aufbringen. Der Beitragsanteil steigt dadurch um 0,5 Prozent.
- * hier gibt es Ausnahmeregelungen

von 8,10 Euro, gleichgültig wie teuer das Medikament ist. Die Folge: Teure Arzneimittel sind billiger, billige sind teuer geworden. Das bedeutet: Zwanzig Voltaren Tabletten kosteten früher 1,35 Euro, heute 10,18 Euro, bestimmte Magentropfen früher 2,18, jetzt 10,67 Euro. Der Patient muss in beiden Fällen 5 Euro Zuschuss zahlen.

Treffpunkt Gesundheit

Weil so vieles unklar und unpräzise war, tauchte ein Gremium aus der Versenkung auf, das bisher im Verborgenen getagt hatte:

regeln“ festzulegen. Am Gesetz werde nichts geändert, aber an zahlreichen Stellen werde das Gesetz präzisiert, meinte Mitte Januar der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Klaus Schröder. Seine Ministerin sprach gar der Selbstverwaltung die Existenzberechtigung ab, wenn es ihr nicht gelänge „für bessere Qualität und mehr Wirtschaftlichkeit zu sorgen“.

Ob so das Wirrwarr um diese „Gesundheitsmodernisierung“ beseitigt werden kann, darf ebenso bezweifelt werden wie der Glaube von Ministerin Ulla

der „Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen“, dem jetzt auch mehrere Patientenvertreter angehören, allerdings ohne Stimmrecht.

Ihm kam und kommt die Aufgabe zu, die „Anwendungs-

Schmidt, die nächste Gesundheitsreform sei erst 2010 fällig. Das Hauptproblem unseres Gesundheitssystems sind nicht die so oft beschworenen „explodierenden“ Gesundheitsausgaben, sondern die fehlenden Einnahmen aufgrund des beständigen Sinkens des Anteils der Arbeitslöhne am gesellschaftlichen Einkommen, also der zunehmenden Verlagerung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen.

Eine Bürgerversicherung

Seit langem wird eine „Erwerbstätigenversicherung“ oder, wie sie jetzt genannt wird, die „Bürgerversicherung“ gefordert. Hierin zahlen alle Erwerbstätigen ein. Dadurch würden die Kosten der Sozialversicherung auf mehr Schultern verteilt und der „Faktor Arbeit“ entlastet. Außerdem würde das System unabhängiger von der Konjunktur.

Bei Umfragen haben 78 Prozent der Bevölkerung eine solche Versicherung positiv gesehen. Auch Ministerin Schmidt steht ihr positiv gegenüber. Bleibt abzuwarten, was die nächste Reform bringt.

Pflegeversicherung wird Pflegefall Familien, die keine Kinder erziehen sollten, 2,50 Euro zusätzlich zum Beitrag in die Pflegekasse einzahlen. Das hätte zusätzlich 1,2 Milliarden Euro gebracht und sollte dazu dienen, den Beitrag stabil zu halten. Bundeskanzler Schröder hat dieses Konzept gestoppt. Die mögliche Folge: Beitragserhöhungen in absehbarer Zeit.

Anzeigen

BLÜHENDES SÜDTIROL
IM UNILÄUTERHOTEL IN SCHLÄNDERS NEU MERAN



Hotel Schloßgarten
spezielle Lage für beliebige Ausflüge wie Gardasee, Yessing, Area di Vicoso, Kulturen, Dolomiten, Salsizus, Schmelzer, Gletscher, Stillejock, Pöbblingen, Wälder, Obertein, Felsberg, Torggelen.
ZF € 32,- bis 43,-
EP € 37,- bis 47,-

Bitte Prospekt anfordern:
Frau. Bechtelner • 39028 Schlanders • Gerichthaus 8 • Tel. 0039/0471/730-424
Fax 730-608 • info@hotel-schloessgarten.com • www.hotel-schloessgarten.com

SKR-Akademie im Teutoburger Wald

Wochenenden oder Kurzwechen mit umfangreichem Kursangebot genutzbar, z.B. Malen, Bildhauen, Ayurveda-Massagen, Fitness, Wandern, Yoga, Qi Gong, Stress-Management u.v.m.

Sie wohnen in einem schönen, umgebenen Gästehaus mitten im Teutoburger Wald. Preis ab € 185,- inkl. Kursangebot und Vollpension.

SKR Studien-Kontak-Rolsen
Postfach 20 10 51, 38140 Bann
Tel. (02 27) 93 67 234, Fax 93 67 300, www.SKR.de



Seniorenreisen: Wer die Wahl hat ...

Die Sommer-Reisesaison 2004 steht bevor. Wer ein Reiseziel oder einen Veranstalter sucht, hat die Qual der Wahl.

Die Vielzahl der angebotenen „Seniorenreisen“ ist kaum zu überblicken. Wie lässt sich da die „Spreu vom Weizen trennen“?

Trotz aller Unkenrufe, die Deutschen sind weiter reiselustig. Das gilt auch oder gerade für die ältere Generation. Mehr als 20 Millionen ältere Deutsche haben 2001 Urlaubsreisen unternommen; ein Anstieg von über 20 Prozent gegenüber 1991. Vierzig Prozent aller länger Reisenden und fast ebenso viele Kurzzeitreisende sind Personen über fünfzig Jahre.

Wen wundert es, dass die Reiseveranstalter – aber nicht nur sie – ein Stück von diesem „Kuchen“ haben möchten. Berücksichtigt man die demografische

Entwicklung, so bleibt die ältere Generation im Tourismus der Wachstumsmotor.

Die Stecknadel im Heuhaufen suchen

Wer in die Internet-Suchmaschine Google den Begriff „seniorenreisen“ eingibt, kann durch über 34 000 Einträge surfen. Da verweist ein Veranstalter den Surfer auf eine „Anlaufstelle für Seniorenreisen“, ein anderer fordert dazu auf „unseren Katalog zu bestellen“. Unermüdliche können nach diesen Erfahrungen zwar weiter surfen, aber ob sie „ihr“ Angebot finden, ist fraglich.

Da informiert sich mancher doch lieber in den gedruckten Angeboten. Aber auch das ist nicht so einfach. Kommerzielle Reiseunternehmen, Sozial- und Seniorenverbände – und viele ihrer Untergliederungen –, Städte und Kreise und noch viele andere, alle bieten Seniorenreisen an. Da lässt sich manches „schwarz auf

weiß“ nach Hause tragen, aber die Entscheidung wird dadurch nicht unbedingt leichter.

Erst prüfen, dann buchen

Doch auch hier ist Vorsicht geboten. Das billigste Angebot muss nicht das Beste sein und seriöse sind von unseriösen zumeist nur im Nachhinein zu unterscheiden. Deshalb vorher prüfen. „TravelMotion“ hat ein „Service-Plus“ Qualitätskonzept für Seniorenreisen entwickelt, nach de-

nen man ein Haus, in dem man seinen Urlaub verbringen möchte, beurteilen kann. Gibt es:

Attraktive Freizeit- und Unterhaltungsangebote

z.B. individuelle Ausflugsvorschläge, Ticket- und Reservierungsservice etc.

Bedürfnisorientierte Zimmerausstattung

z.B. getrennte Betten im Doppelzimmer, bequeme Sitzcke mit heller Beleuchtung, Duschen mit niedrigem Einstieg etc.

Überzeugende Serviceleistungen

z.B. Abholung der Gäste am Bahnhof, Gepäckservice, reduzierte Mahlzeiten etc.

Extras für spezielle Interessengruppen

z.B. Diabetiker-Service, Nichtraucherzimmer, Singleangebote etc.

Viele Senioren verreisen gerne mit dem Bus. Wer einmal eine Tagesreise in einem Bus mit engen Sitzabständen überstanden hat, weiß was eine Tortur ist. Zu den Kriterien für eine „seniorenfreundliche“ und damit ganz einfach lebensfreundliche Busreise gehören:

Reiseprogramm

- Haustürservice bei Hin-/Rückreise mit Gepäcktransfer, keine Nachtfahrten;
- Ausreichend Zeit zum Entspannen und Erholen;
- Darstellung anfallender Zusatzkosten, z. B. für Besichtigungen, Eintrittsgelder, zusätzliche Ausflüge etc.

Reiseleitung/Führungen

- Erfahrene und eigens geschulte (Senioren-)Reisebegleiter;
- Führungen vor Ort durch qualifizierte Fremdenführer, die sehr gut deutsch sprechen.

Unterkunft/Verpflegung

- Persönliche Auswahl der Beherbergungsbetriebe durch den Veranstalter;
- Halbpension mit Möglichkeit zu Sonderessen (vegetarisch, Schonkost, Diabetes).

Service

- Reiserücktrittskostenversicherung inklusive;
- Gepäcktransport vom Bus bis auf die Zimmer;
- Sitzplatzreservierung bei Anmeldung.

Fahrzeug

- Reise in einem modernen Nichtraucher-Reisebus, Empfehlung: Vier-Sterne-Reisebusse (RAL Gütezeichen Buskomfort);
- kein Einsatz von Doppeldecker- oder Superhochdeckerbussen mit hohen und engen Einstiegsbereichen.

Wer nach diesen Kriterien die Reiseplanung betreibt, hat die größere Chance, dass aus Reise lust nicht Reisefrust wird. Na denn: Gute Reise.

Adressen für Reiseinformationen im Internet:

- www.google.de/seniorenreisen
- www.travelmotion.de/reisen_aber_richtig

Anzeige

Reiseangebot für die Leser von „Dialog“



Faszinierende Fjordwelt im Land der Mitternachtssonne

14 Tage vom 18.08. – 31.08.2004

Eine Reise mit der „ASTOR“ nach Spitzbergen und Norwegen – oft sind die großen Augenblicke im Leben genau dann, wenn man sich ganz klein fühlt. Wenn selbst das größte Schiff zum Spielzeug wird vor der grandiosen Wucht der Natur. Hoch aufragende Felswände scheinen in den Himmel zu wachsen. Toende Wasserfälle stürzen über Hunderte von Metern sprühend ins Meer. Gewaltige Gletscher und der Schein der Mitternachtssonne erwarten Sie...!

Zweibettkabine innen **2.295,-** p.P. schon ab €
 Zweibettkabine außen **2.855,-** p.P. schon ab €

Sparen Sie EURO 100,- p.P. bei Buchung bis 01.04.04

Fordern Sie unverbindlich unsere Reiseinformationen an:

tslmedialog GmbH
 Detmolder Str. 78 • 33604 Bielefeld
 Telefon 0180/5 77 27 28 (12 Cent pro Minute)
 Fax 0521/9 67 68 20

Veranstalter: Transocean Tours

Barrierefrei für alle

Das Internet revolutioniert die Kommunikation. Doch nicht alle profitieren davon. Hard- und Software werden den Bedürfnissen von behinderten und älteren Menschen häufig nicht gerecht.

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien müssen barrierefrei sein, um behinderte oder ältere Menschen nicht von der Entwicklung abzuschneiden. Ein Gesetz mit dem sperrigen Namen „Bundesbehindertengleichstellungsgesetz“ (BGG) definiert, was Barrierefreiheit bedeutet, wen das Gesetz zur Umsetzung verpflichtet und wie die Fristen dazu sind. Und es gibt die „Barrierefreie Informationstechnikverordnung“.

Verpflichtet den Bestimmungen entsprechend zu verfahren, sind danach Träger der öffentlichen Gewalt, also Bundes- sowie Landesverwaltungen, nicht dagegen private Anbieter. Bei den Umsetzungsrichtlinien wird es ganz schwierig. Hier gibt es 66 Checkpunkte mit drei Prioritätsstufen, die schrittweise bis Ende 2005 vollzogen sein müssen.

Rund fünf Millionen Menschen haben Schwierigkeiten beim Surfen im Netz und im Jahr 2020 werden in der EG 30 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von barrierefreien Internetseiten. Zu hoffen ist, dass es am 1. Januar 2006 heißt: „Seit heute sind alle Internetangebote öffentlicher (hoffentlich auch privater) Anbieter für behinderte und ältere Menschen uneingeschränkt nutzbar.“

Weitere Informationen:
www.barrierefrei-fuer-alle.de



Linkliste Ernährung

Vom Chefkoch bis zum Lebensmittellexikon: Auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung sollte jedermann achten. Für Tipps dazu muss man nicht dicke Bücher wälzen. Im Internet gibt es sie in

Hülle und Fülle (siehe auch Dialog 3/2003 S.4–6). Auf den hier vorgestellten Seiten können Sie sich Ratschläge für Ihren Speiseplan und pfiffige Rezepte holen.

Fit im Alter: www.verbraucherministerium.de/verbraucher/ernaehrung/fit-im-alter – Auf dieser Seite erfahren Sie mehr über die Initiative „Fit im Alter“, die von Renate Künast, Bundesverbraucherministerin, auf dem Deutschen Seniorentag vorgestellt wurde.

Deutsches Ernährungsberatungs- und Informationsnetz: www.ernaehrung.de – Von A wie Abführmittel bis Z wie Zucker – das Ernährungslexikon mit etwa 550 Einträgen macht Nachschlagen handlich und leicht.

Alles über Lebensmittel: www.waswisse.de – Wie sind die Kennzeichnungen auf Lebensmitteln zu verstehen? Wie werden Brot und Fisch richtig gelagert? Diesen Fragen geht das Internetangebot auf den Grund.

Das Kochrezept: www.das-kochrezept.de – Rezepte für eine gesunde und leckere Küche finden sich auch in diesem Internetangebot. Praktisch: Zu allen Rezepten gibt es eine Kalorientabelle.

Lebensmittellexikon: www.lebensmittellexikon.de – Was bedeuten die E-Nummern auf der Verpackung? Wie sind Fachausdrücke in Kochbüchern, z. B. „Ladieren“, „Tournieren“, „Emincieren“ – zu verstehen? Schlagen Sie nach!

A. Guthaus-dsp

Impressum

Dialog

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69-7 89 73-0
Fax: 0 69-7 89 73-201
E-Mail: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:
Ulf Rödde (verantwortlich),
Hans Clauser, Stefanie
Eßwein, Frauke Gützkow,
Dieter Haase, Reiner Karg,
Erwin Meyer,
Edmund Möller

Anzeigenverwaltung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Telefon: 02 01-8 43 00-0
Telefax: 02 01-47 25 90
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.stamm.de
Es gilt die Anzeigenpreise
Nr. 4 vom 1. Februar 2004
Verantwortlich für Anzeigen:
Mathias Müller
Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Frankfurt am Main
Druck:
Alpha-Print-Medien,
Darmstadt

März 2004

Denkmal für Kogon

**Mit „Gelebter Journalismus“
haben Studierende der TH-
Darmstadt dem unbeugsamen
Publizisten Eugen Kogon
(1903–1987) ein virtuelles
Denkmal gesetzt.**

Unserer Zivilisation wird sich entweder ändern oder wir gehen an ihr zugrunde“, so schrieb *Eugen Kogon* drei Jahre vor seinem Tode. Zwanzig Jahre später sind viele der damaligen Probleme gleich, eher noch größer geworden. Wer seine Texte heute nachliest, ist über ihre Aktualität verblüfft. Doch Kogon, der sich

unermüdlich für eine lebendige Demokratie einsetzte, war bereits kurz nach seinem Tode bereits fast vergessen.

Studenten der Fachrichtung Online-Journalismus haben sich mit Leben und Werk Eugen Kogons in einem Projektseminar befasst und die Ergebnisse ins Internet gestellt. „Sachlich nüchtern sollte es sein, Kogon sollte für uns als Persönlichkeit erkennbar werden“, so einer der Mitautoren. Das ist voll gelungen. Wer dem Menschen Eugen Kogon und der Aktualität seiner Texte nachspüren möchte, kann das im Internet tun unter:

www.eugen-kogon.netzwerkplan.de

Ruhrfestspiele 2004

NO FEAR 2004 ist Motto und Aufruf der Ruhrfestspiele zugleich: um erstens Festspielbesucher zu mobilisieren und um zweitens, einen allgemeinen Zustand der westlichen Gesellschaft zu thematisieren, der dem rücksichtslosen Verteilungskampf und der grundlos gewordenen Besitzstandswahrung gleichermaßen das Feld überlassen hat: Angst regiert. NO FEAR 2004: Im Programm der Ruhrfestspiele sind das Geschichten vom „Woher wir kommen und wohin wir müssen“ (Buchtitel von Klaus Mann).

Zur Eröffnung inszeniert Frank Castorf mit „Gier nach Gold“ einen großen naturalistischen Stoff aus dem US-amerikanischen Einwanderermilieu. Das brasilianische *Teatro Oficina* aus São Paulo gastiert erstmals in Europa und zeigt *Zé Celso* „Krieg im Sertão“, ein Stück von der Niederschlagung eines Armenaufstandes. Ein Arbeiterlieder-



abend ohne Verdi von *Franz Wittenbrink* wird im Festspielhaus unter dem Titel „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ in der Koproduktion mit dem *schauspielhannover* Premiere haben. Der junge Berliner Komponist *Christian von Borries* wird mit Gesangsvereinen und Chören des Reviers National-, Firmen- und Fußballhymnen für einen „Global Relaunch“ des Alten Europas einstudieren. Um deutsche Fami-

liengeschichten des 20. und 21. Jahrhunderts geht es in „German Roots“, eine Koproduktion mit dem Thalia-Theater Hamburg. *Christoph Schlingensiefel* schickt vom Recklinghäuser Grünen Hügel aus (und mit Unterstützung der Neuen Philharmonie Westfalen) *Richard Wagner* auf „Ruhrpott-rallye“.

Zwei Höhepunkte des Programms sind die Deutschlandpremier von Brecht/Weills „Dreigroschenoper“ in der aufsehenerregenden Jahrmarkt-Version des katalanischen Regisseurs *Calixto Bieito* aus Barcelona und von *Martin Crimps* „Cruel and Tender“; *Luc Bondy* inszeniert die Uraufführung.

Im kleinen Theater steht Globalisierungskritisches im Zentrum und im Tanzbereich sind mobile Migranten am Werk. So zeigt u. a. der französische Choreograph *Philippe Jamet* erstmals in Deutschland seine „Portraits dansés – Le Tour du Monde“, die er in aller Welt gefilmt hat – im Ruhrgebiet dreht er einen neuen Teil im Auftrag der Ruhrfestspiele.

Anzeige


SCHUSSENTAL KLINIK
Postfach 1161 • D-88324 Aulendorf • Tel. 07526/85-2726

- **Stressbedingte Erkrankungen, Angsterkrankungen, Depressionen, Stoffwechsellstörungen**
- **25 Jahre Erfahrung in Internistischer Psychoematik und Psychotherapie**
- **Wir sind ein anerkanntes Akutkrankenhaus in einem Kneippkurort mit Thermalbad**

Informieren Sie sich!
Gerne rufen wir Sie auch zurück!

www.aulendorf-fachkliniken.de • info-stg@aulendorf-fachkliniken.de
siehe auch: www.aulendorf.de

Reisen bildet

Reisen bilden bekanntlich, Weltreisen besonders. In „Theos Reise“ darf der Junge, der an einer schlimmen Krankheit leidet, seine Tante Marthe auf einer neun Monate währenden Weltreise begleiten.

Sie führt ihn zu bedeutenden Stätten der unterschiedlichen Religionen in vier Erdteilen. Dabei lernt er deren Riten und Gebräuche, aber auch unterschiedliche Heilmethoden kennen, von denen sich die Tante die Heilung ihres Neffen verspricht.

So erfährt Theo Details unterschiedlicher Lebensphilosophien. Er fragt sich, warum gibt es so viele verschiedene Religionen, und was ist das Göttliche, und warum suchen die Menschen überall auf der Welt danach? An einer Stelle sagt die Tante: „Wenn die Menschen mehr über die Religionen wüssten, könnte der Fundamentalismus die Welt nicht in Brand setzen.“ Wohl wahr. Der Roman über die Religionen der Welt, die deutsche Ausgabe wurde gesponsert von der Französischen Botschaft, ist unterhaltsam, aber nicht oberflächlich, er ist informativ und unterhaltsam zugleich.

Catherine Clément:

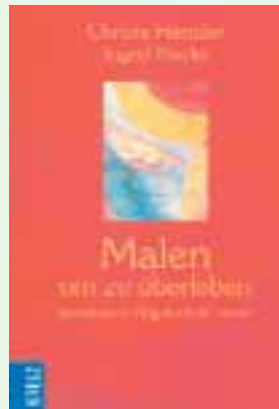
Theos Reise

Hanser Verlag, München

ISBN 3-446-19265-4

713 Seiten, gebunden

Preis: 21,50 Euro



Heilsames Malen

Emotionaler Druck, Krisen, Krankheit, Angst, innere Not und Spannung, Hoffnungslosigkeit u. a. können Anlässe zum Malen sein.

In dem kenntnisreichen und farbig bebilderten Buch „Malen um zu überleben“ geht es um das spontane Malen in Trennungssituationen, das eine befreiende Möglichkeit sein kann. Es geht um mehr als die Unterzeile „Ein kreativer Weg durch die Trauer“ signalisiert. Die Verfasserinnen *Dipl. Psych. Christa Henzler* arbeitet in Konstanz in einer eigenen Praxis, *Prof. Dr. Dr. Ingrid Riedel* ist als Dozentin tätig und hat ebenfalls eine eigene Praxis.

Am Beispiel von Bilderserien, die von vier Frauen stammen, die nahe Angehörige verloren haben, zeichnen die Autorinnen einfühlsam nach, wie Malen eine Brücke zu einem neuen Leben werden kann. Wenn der Mund versiegelt ist, kann der Pinsel helfen, einen Gefühlsstau zum Fließen zu bringen. In den bewegenden Beispielen wird deutlich, dass es beim Malen zu einer spontanen Symbolbildung kommt, die Balsam für die geschundene Seele ist.

Christa Henzler, Ingrid Riedel:

Malen um zu überleben

Kreuz Verlag 2003

ISBB 2-7831-2317-8

176 Seiten mit 30 farbigen

Abbildungen, Hardcover

Preis: 26,90 Euro

Generationengerechtigkeit

Klimakatastrophe, ausufernde Staatsverschuldung, kollabierende Sozialsysteme: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Das Handbuch greift diese Themen auf und stellt die Diskussion auf eine wissenschaftliche Grundlage. Die AutorInnen entwerfen Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche.

Philosophische, religiöse und weltanschauliche Wurzeln der Idee der Generationengerechtigkeit werden im ersten Teil des Buches aufgespürt. Im zweiten Teil wird untersucht, wie eine generationengerechte Politik konkret aussehen könnte. Die Autoren des dritten Teils beschäftigen sich mit der Nachwelt und wie sie institutionell geschützt werden könnte. Insgesamt entstand ein politisches Programm für eine generationengerechte Welt.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.):

Handbuch Generationengerechtigkeit, ökom Verlag München,

ISBN 3-936581-09-6

516 Seiten, zahlreiche Tabellen und Abbildungen,

Preis: 25 Euro



GEW-Service Kinder- und Jugendbücher Seit etwa einem Jahr stellt die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW, unterstützt durch das Bildungs- und Förderungswerk der GEW, Empfehlungen von Kinder- und Jugendbüchern ins Internet. Anregungen bekommt, wer www.ajum.de anklickt.